

# Der Mahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20. — Spreestunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 4

Graz, Jänner 1928

2. Jahrgang

## Einstimmig angenommen!

Am 19. Jänner 1928 hat der Gemeinderat mit auffallender Einstimmigkeit die Erhöhung der Gebäudesteuer beschlossen. Wir erklären noch einmal ausdrücklich, sofern die Besitzenden von der Erhöhung betroffen werden, ist gegen die Erhöhung nichts einzuwenden, im Gegenteil

die Wohnungen der Reichen sind noch zu wenig besteuert.

zu beurteilen ist die Besteuerung der proletarischen Wohnungen. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte haben die Interessen der Arbeiter nicht gewahrt. Deshalb haben die Christlichsozialen und Deutschnationalen zugestimmt. Proletarische Pflicht wäre gewesen, gegen die Erhöhung der Gebäudesteuer auf proletarische Wohnungen zu stimmen.

Vom Standpunkt der Arbeiterchaft hätten die Sozialdemokraten folgende Anträge stellen und für ihre Verwirklichung kämpfen müssen:

Befreiung der proletarischen Wohnungen von der Gebäudesteuer und Überwälzung dieser Steuer auf die Reichen.

Streichung der geplanten Ausgabe von 164.000 Schilling für die Jubiläumsfeier der Stadt Graz.

Einstellung der luxuriösen Stadtpflege, die gegenüber 1924 ein Mehrerfordernis von 200.000 Schilling aufweist und

Beschränkung der Ausgaben dieses Postens auf ein Mindestmaß.

Streichung der Theatersubvention für die kädtischen Bühnen, die ebenfalls gegenüber 1924 schon ein Mehrerfordernis von 200.000 Schilling aufweist. Das Proletariat hat für deren Erhaltung kein Interesse, solange das Bürgertum dort dominiert.

Verweigerung der Rentensteuerabgabe an den Bund, der aus der Dollaranleihe der Stadt Graz in Form dieser Steuer Millionen erpressen will.

Der sozialdemokratische Gemeinderat hat den kleinstädtischen Standpunkt seiner Partei bekräftigt, indem er den Mund über das „Gemeinwohl“ voll nahm.

Proletariatsvertreter haben kein „Gemeinwohl“, sondern nur das Wohl ihrer Klasse, der Arbeiterchaft, zu vertreten. Für das Wohl der andern sorgen schon andere.

Die christlichsozialen Führer, trotzdem sie im Gemeinderat für die Erhöhung der Steuer eingetreten sind, führten im „Volksblatt“ Kritik gegen die Erhöhung. Die Hintergründe dieses Verhaltens muß jeder Proletarier, jede Proletarierin verstehen. Den Christlichsozialen schmerzt es, daß nicht zugleich ein Rebhahn für die Hausbesitzer abgefallen ist.

### Zur Konstituierung der Boitsberger Bezirksvertretung.

Wie bereits bekannt, haben die Sozialdemokraten, „um ein gutes Zusammenarbeiten“ mit den Bürgerlichen zu ermöglichen, freiwillig auf ein Mandat zugunsten der Klassenfeinde verzichtet.

Nun zum Vorschlag für 1928, wobei die Entlohnung der Bezirksvertretungsmitglieder ein wichtiges Kapitel selbst ist.

Ausgaben:

1. Verwaltungsausgaben . . . . .	S 18.350
2. Allgemeine Ausgaben . . . . .	S 45.920
3. Aufregulierungsausgaben . . . . .	S 9.135
4. Für Straßenbauten . . . . .	S 390.683
Summe	S 464.088

Die Einnahmen aus den Realsteuerveranschlägen und der 140 Prozent. Bezirksumlage ergeben insgesamt S 444.801, daher ein Abgang von S 19.287, welcher laut Beschluß der Bezirksvertretung durch Sparmaßnahmen in der Gesamtbearbeitung ausgeglichen werden soll.

Die Entlohnung der Bezirksvertreter, welche nur noch der Befähigung der Landesbesetzung bedarf, wurde folgenden festgesetzt: Obmann 250 S,

Schriftführer 125 S und alle übrigen Mitglieder 50 S im Monat. Die Bezirksvertretung kostet demnach 1175 S monatlich oder 14.100 S im Jahr. Außerdem wurde noch beschlossen, jedem Mitglied für eine ganztägige Sitzung 12 S, für eine halbtägige 8 S und für eine Kommissionierung 12 S zu bezahlen. Rechnet man noch die Entlohnung einiger Beamten dieser Instanz dazu, dann kann jeder voraussehen, daß der Vorschlag für Verwaltungskosten, der ohnehin nicht gering ist, noch überschritten werden wird.

Wo bleiben die Sparmaßnahmen? Warum solche Gehälter und Diäten? Obmann Koller hat z. B. als Inspektor der Konsumvereinsbäckerei monatlich 300 S, da wir nicht annehmen, daß er weniger hat als der Schriftführer. Muß dieser Mann 550 S monatlich haben? Ähnlich ist es bei dem Schriftführer. Die Diätengelder können ebenfalls seiner Kritik standhalten.

Sibt es in ganzen Bergwerksrevier beispielsweise einen Arbeiter, der 8 S in einem Halbtag verdient? Sicherlich nicht. Die Bezirksvertretungsmitglieder haben vom Sparen und Defizit gesprochen, für sich selbst trotzdem 8 S als Entlohnung für eine Halbtagssitzung festgelegt. Wo man zu sparen gedenkt, das wird also die Jahresbilanz zeigen.

### 1400 Milliarden verschleudert und trotzdem nicht dabon gejagt.

Vorerst muß aufgezeigt werden, daß die christlichsozial-großdeutsch-bündlerische Regierung, kurz gesagt der Bürgerblock bei folgenden Anlässen erklärt hat, daß kein Geld vorhanden ist. Als das Gesetz über die Altersrenten beschlossen werden sollte, als ein Antrag gestellt wurde die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, als die Invaliden an die Regierung mit Forderungen herantraten, als die Staatsangestellten mit der Regierung verhandelten, als die Kleinrentner auf ihre Not hinwiesen. In jedem Falle waren die Geldschränke geipert. Unter den Arbeitslosen haben Hunderte ihrem Leben ein Ende bereitet. Täglich neue Selbstmorde. Kaltblütig beantwortet der Bürgerblock jede Forderung der Werktätigen mit Nein. Das muß in den Vordergrund gestellt werden und jetzt erst kann man über gewisse Vorgänge in der Verwaltung der Staatsgelder sprechen.

Die Sozialdemokraten haben die Bürgerlichen langsam gezwungen über die Geldbearbeitung der Postsparkassa Farbe zu bekennen. Dabei ist ans Tageslicht gekommen, daß ein unsagbar großes Vermögen an Staatsgeldern Börsenschiebern zur Verfügung gestellt wurde, daß christlichsozial-großdeutsche Banken Staatsgelder bekommen haben und daß rund 1400 Milliarden verloren sind. Boiel allein hat eine Schuld von vielen Milliarden an den Staat. Wenn jemand aber glauben sollte, daß die Regierung Boiel verfolgt oder auf seine Vermögens Hand legt, der irrt. Trohd.m das gegenwärtige Vermögen Boiels einen Wert von 15 Millionen Schilling präsentierte, wird erklärt, es sei kein greifbares Vermögen vorhanden.

Wenn ein Arbeitslojer einen Tag neben seiner Unterstützung unangemeldet arbeitet, wird ihm die Unterstützung auf 8 Wochen entzogen, wenn ein Ausgesteuerter hungrig um ein Stück Brot bittet, bekommt er fünf Tage Arrest, wenn einer einen Laib Brot stiehlt, wandert er in den Kerker, wenn der Bürgerblock aber 1400 Milliarden Volksgelder, Staatsgelder stiehlt, dann ist alles in Ordnung.

Da die verlotterten Milliarden aber wieder heringebracht werden müssen, wird die Regierung das Geld in Form von Steuern aus den Taschen der Werktätigen nehmen. Es wird wohl jeden bekannt sein, daß die Besitzenden immer mehr von den Steuern befreit und diese auf das Proletariat abgewälzt werden.

Nicht die geringste Erschütterung verzeichnet der Bürgerblock. Nichts wird ihm abhalten auf der einmal beschrittenen Bahn, Ausplünderung der Arbeiter zugunsten der Bourgeoisie, zugunsten von Börsenschieber und Banken fortzuführen.

Die sozialdem. Partei schreibt doch nur zahme Artikel. Arbeiter, Genossen und Genossinnen sagt, ob diesem Schwerverbrochertum in der Regierung nicht mit anderen Mitteln entgegengetreten werden muß. Die GentilemannmäÙig sind die Reden der Sozialdemokraten im Parlament, wie ausgehöhlt die Sprache in der Presse, trotz des ungeheuren Ver-

breiten, dem wir gegenüberstehen. Unsere Kritik an der sozialdem. Partei ist aber nutzlos. Wir können doch von Kleinbürgern nicht erwarten, daß sie von der Parlamentaristenebene aus die Fanfaren des Klassenkampfes gegen den Bürgerblock blasen, da sich doch alle auf die Koalitionspolitik eingestellt haben.

### Wohin nehmen?

Das „Volkblatt“ der Christlichsozialen rät in einer kleinen Notiz den Arbeitern, die am Erzberg Arbeit annehmen wollen, „warme, feste Arbeitskleider, insbesondere gute Schuhe mitzubringen“. Meist sind es Arbeitslose, die am Erzberg Arbeit suchen. Die Arbeitslosenunterstützung der christlichsozialen Regierung hat noch keinem Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben, feste Kleider und gute Schuhe zu kaufen. Auch zahlen die Unternehmer, deren Partei die Christlichsozialen sind, nicht solche Löhne, daß dem Ratsschlag des „Volkblattes“ entsprochen werden könnte. Die Christlichsozialen tun so, als ob sie nicht wüßten, daß die Arbeiter, die einzig Schaffenden, in Lumpen und Fegen sich leiden müssen.

### Stalins Weg.

(Aus der „Täglich“ des Kommunisten)

Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“, Paul Scheffer, meldet, daß Stalin die führenden Genossen der russischen Opposition nach Sibirien und Zentralasien „auf administrativem Wege“ verschickt.

Paul Scheffer sitzt ja-relang in Moskau, seine Telegramme und Artikel gehen sämtlich durch die Stalinsche Zensur. Wir haben also keinen rechten Anlaß, an der Nichtigkeit der Meldung zu zweifeln. Aber ob die Meldung nun tatsächlich bereits für den jetzigen Moment zutrifft oder ob Stalin diesen Plan noch etwas „aufschiebt“ — es ist auf alle Fälle sicher, daß diese „Methode“ des Kampfes gegen die Opposition von Stalin immer mehr und immer härter angewendet werden wird.

Paul Scheffer darf, mit Unterstützung der Stalinschen Zensur, im „Berliner Tagblatt“ fortlaufend bürgerliche Kritik an der Politik des Stalin üben. Dagegen hat Stalin mit seiner G. P. U. nichts einzuwenden.

Die Führer der russischen Opposition werden anders behandelt. Sie üben ja am Stalinismus Kritik vom Standpunkt der Klasse nteressen des Proletariats. Sie werden daher ganz anders behandelt. Sie dürfen nicht druden. Und jetzt greift Stalin zu den altbewährten Mitteln des zaristischen Regimes: er verschickt die ihm unbequemen Kritiker nach Sibirien und in die Steppen Zentralasiens.

Dieser Weg wird von Stalin konsequent fortgesetzt. Wir haben ihn vorausgesehen. Jeder Arbeiter mag nun nachdenken.

Wir werden nicht mit den sentimentalen Argumenten kommen, daß viele von den Genossen, die der Stalin jetzt nach Sibirien schickt, unter dem zaristischen Regime die gleiche Verbannung durchgemacht haben.

Wir fragen nun alle Genossen, die sich als Anhänger des Z.-K. bezeichnen:

glaubt jemand von euch, daß die jetzt von Stalin mit Polizeimitteln nach Sibirien verschickten Bolschewiki Gegenrevolutionäre sind?

glaubt jemand von euch, daß sie schlechtere Revolutionäre sind als der Martynow, der 1922 zum Bolschewismus kam? als der Brandler, der in Deutschland im Jahre 1923 die Niederlage der Arbeiterklasse organisierte? als die Heine Neumannen, die für drei Silberroschen ihre nächsten Freunde verraten und in einigen Minuten ihre nie vorhandene Gesinnung wechseln?

Und wir fragen euch weiter, ihr, die ihr uns nicht glauben wollt, wenn wir euch sagen, daß der Stalinskurs die Sowjetrepublik ins sichere Verderben führt:

# Läuse, Dred und Abortgestank als Strafverschärfung.

## Die Zellen im Bezirksgericht.

Gefängnisse werden nur für die beschloße Klasse gebaut. Kommt aber einmal ein Bürger hinter Schloß und Riegel, dann ist dies ein Irrtum, der rasch aus der Welt geschafft wird. Wutle ist ein Beispiel dafür.

Da nun die Arrestzellen in der Regel nur Proletarier beherbergen, die durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung in die Fingarme der Paragrafen gekehrt werden, fühlt sich das Bürgertum durchaus nicht verpflichtet, die Kultur der Augenwelt, in der auch sie leben muß, auf die Arrestzellen zu übertragen.

Die Zellen des Bezirksgerichtes mögen uns darüber genaueren Aufschluß geben.

Zelle Nr. 25. Gemeinschaftszelle. Bestialischer Gestank. Kein Wunder, zwei Abortkabel müssen in den Zellen benützt werden. Nur dreimal des Tages werden sie entleert. 19 Mann waren z. B. am 10. d. in dieser Zelle! Zur Verfügung standen nur 16 Werten, mittags gabs für 19 Mann nur 13 Löffel. Einige müssen immer warten, bis Löffel frei werden. Dabei war in dieser Zelle ein schwer Lungentruanter und ein Geschlechtskranker.

Ein Leintuch muß von 5—10 hintereinanderfolgenden Sträflingen benützt werden. Von einem Hautkranken wird es z. B. unbelüftet dem Nächstfolgenden übergeben. Gesunde müssen sich derart Krankheiten zuziehen. Wenn das Leintuch endlich in die Wäsche kommt, ist es schwarz wie ein Kohlenack und Blutflecken geben eine Abwechslung im eintönigen Grau. Die Zellen sind nämlich verlaust und länger Inhaftierte tragen ihren Körper wund.

Zelle Nr. 2 ist das Hauptquartier der Läuse. Auf den Betten kann man kolonnenweise Paradeaufmärsche beobachten.

In den Zellen stehen Wasserschüsseln für Trinkwasser. Deckel fehlen. Durch den Gestank aus den Abortkubeln, den das Wasser ansieht, wird das Trinkwasser zur Jauchensuppe. Mehrmalige Beschwerden blieben vergebens.

Für die Kranken stehen keine Behelfe zur Verfügung. Die ärztlichen Visiten, die meist von Doktor

Lorenzoni abgehalten werden, sind eine Augen-auswicherei. Statt die Kranken zu entlasten — bei den Reichem geschieht es wenigstens so — wird Aspirin für so ziemlich alle Krankheiten verabreicht. Einem Geschlechtskranken verordnete Dr. Lorenzoni Kaliumausprühungen. Der Gefängniswärter brachte eine Ohrenspritze!

In der Nacht vom 12. auf den 13. d. hatte sich ein Häftling erkrankt. Die Zeitungen berichteten von erfolglosen Wiederbelebungsversuchen durch die Rettungsabteilung. Warum, das verschweigen die bürgerlichen Zeitungen. Weil die Mitäftlinge fünfzehn Minuten Alarm läuten mußten, bis endlich ein Aufseher vom Schlafe aufzustehen gerubte. Der Tote wurde nach erfolglosen Wiederbelebungsversuchen in eine Pferdeloche eingewickelt, auf den Boden gelegt. Einer Bettstelle hielt ihn die Gefängnisverwaltung nicht wert.

70 Proz. der heutigen Inhaftierten waren wegen Bettetei angeklagt. Diese Zellen sind die Landungsstellen der aus der Arbeitslosenunterstützung Ausgesteuerten. Läuse, Dred und Gestank, das müssen die, an denen der bürgerliche Staat durch die Aussteuerung das größte Verbrechen begangen hat, als Strafverschärfung für Bettetei über sich ergehen lassen. Will die S. P. nicht einen Blick in diese Ställe bürgerlicher Niedertracht machen? Hoffnung sehen wir zwar keine auf sie. Anderen werden aber diese Gesellschaftsordnung die Arbeiter nicht durch Reformen.

Der Häftling wird schlechter behandelt als ein räudiger Hund. — Die Herren Gefängnisaufseher Pfundner, Bretterliebner, Singer und Schifflo, hundertprozentige Kommisschädeln, sorgen dafür, daß die Zuchthausbehandlung nicht zu milde Formen annimmt.

Jede Woche inspiziert ein Landesgerichtsrat die Zellen. 52 mal im Jahre schaut er sich diese Schandlöcher an. Da sich bis heute nichts geändert hat, sind alle diese Inspektoren mit den bestehenden Zuständen einverstanden. Sie finden alles in Ordnung — bis das Proletariat diese Ordnung zertrümmert.

### Brief eines Freidenkerjugendgenossen aus Deutschland.

Nachfolgende Korrespondenz eines Berliner mit einem Grazer Genossen wurde uns zur Einsicht übergeben. Wir machen den Brief der Öffentlichkeit zugänglich, damit unsere Jugendgenossen und auch die Erwachsenen Einsicht in die revolutionäre Denkart eines deutschen Arbeiters bekommen. Bei uns hat die sozialdem. Führerschaft das revolutionäre Denken und Handeln erstickt. Umso mehr müssen wir arbeiten aufopferungsvoll und unablässig tätig sein, dem Proletariat die reine, unverfälschte Luft des Klassenkampfes zuzuführen.

„Aufs allerherzlichste erwidere ich Eure proletarische Grüße. Du kannst Dir denken, wie sehr mich Eure Karte erfreute. Ich möchte nun gleich am Anfang setzen, auch ich bin Prolet und hoffe, daß Ihr Alle in Zukunft auch mich mit „Du“ anredet. Ich gebe gerne zu, daß ich seinerzeit in München nicht gerade jugendbegehrlich (ein herrliches Wort) ausfab, aber Kleider machen Leute und solange man im kapitalistischen Staat damit etwas erreichen kann, warum soll mans dann nicht tun? Nun weiter noch etwas anderes, was mich sehr unangenehm berührt, und zwar handelt es sich um das „Aus der

**Verbreitet den „Mahnruf“!**

Not helfen. Genossen, wir alle sind Proleten. Diese Erkenntnis bringt auch unsere Zusammengehörigkeit, das Klassenbewußtsein mit sich. War es daher nicht meine proletarische Pflicht, war es nicht Klassen-schuld, meinen Klassengenossen, meinen Brüdern zu helfen? Eben das ist es ja, was uns von der Bourgeoisie unterscheidet. Wir sind Genossen, wir sind Klassenbrüder, auch wenn die Grenzen dieser Staaten uns trennen. Ich erwarte also von Euch, daß Ihr Euch nicht wieder für Pflichten bedankt. Euren Dank könnt Ihr dann denen gegenüber beweisen, denen es einmal ähnlich geht!

Vor allem interessiert mich nun Eure Jugendbewegung in Österreich. So weit ich mich entsinne, seid Ihr der freigeistigen Jugend angeschlossen. Es sind ja nun in der Zwischenzeit so viel Dinge geschehen, ja sogar Dinge, die die Welt erschütterten. Was habt Ihr dazu beigetragen, habt Ihr Eure Pflicht getan? Wie hat sich die Freidenkerjugend verhalten, als es galt, einem katholischen Regime die Zähne zu zeigen? Wir haben genug in den Zeitungen lesen können, werdet Ihr mir antworten, aber dies sind nicht die Dinge, die wir hören wollen. Uns liegt viel an definitiven Nachrichten, jetzt, wo wieder eine gewisse Nüchternheit eingetreten ist, glaube ich, könnte man tatsächlich überlegen, was richtig war und wie es nicht hätte gemacht werden sollen. Wir sind eben international und müssen aus diesen internationalen Vorfällen lernen, die richtigen Folgerungen zu ziehen.

Auch hier bei uns herrscht die schwärzeste Reaktion! Man will in aller Eile ein Reichsschulgesetz einbringen, in dem der Kirche die Oberhoheit über das gesamte Erziehungswesen erteilt werden soll. In Berlin hat sich bereits ein Kampfbund gegen Kulturreaktion gebildet. Wir versorgen die Tagespresse mit Artikeln, halten Versammlungen ab, geben Flugblätter heraus, sammeln die Stimmen der Gegner dieses deutschnationalen Entwurfs. Kurz gesagt, wir mobilisieren die Massen, denn diese sind ausschlaggebend und sind vor allem die Leidtragenden. Wir haben in Deutschland eine S. P. D., die der großen Koalition angehört und die jetzt (es sind Reichstagsferien) sehr gegen dieses Gesetz wettert. Aber, aber, sie ist ja in der Koalition und hat außerdem auf dem letzten Parteitag (in Kiel) beschlossen: „erobert die Staatsgewalt“. Diese Eroberungen bestehen nun nicht etwa auf dem Boden der Ergreifung der Macht durch das Proletariat, sondern durch Wahlen und Ruhhandeln. Man wird lieber dieses Reichsschulgesetz annehmen, als daß man dem Zentrum die Zähne zeigt. Wir haben die Macht! schreibt die S. P. D., aber „wir bestimmen“, jagt das Zentrum. So liegen die Dinge in Deutschland. Nur wenn wir die Massen erobern, nur wenn

wir der Masse klar vor Augen halten, es ist nicht nur ein Kulturkampf, sondern es ist eine reine Machfrage, wird es uns gelingen, unter dem Druck der Massen auch die Führer zu zwingen, des Volkes Willen zum Ausdruck zu bringen.

Dann ist noch ein wichtiger Faktor zu berücksichtigen: die Bourgeoisie will, nachdem sie bereits die materielle Grundlage für eine segensreichere Ausbeutung (Abschaffung des Betriebsrätegesetzes und teilweise des Achtstundentages) sich nun auch die ideologische Grundlage für ihre weiteren Maßnahmen sichern. Es muß eben von den Parteien gefordert werden, nehmt mit aller Entschiedenheit Stellung zur Frage der Religion. Die Religion kann nicht mehr Privatsache sein, wenn sich der Staat verpflichtet fühlt, sich ihr zu ergeben. Wir müssen mit aller Kraft und allem Mut jeder an seinem Ort, jeder auf seinem Posten die Arbeiter, die Jugendlichen aufklären, warum die Kirche schädlich ist. Nicht nur weil der „liebe Gott“ nicht existiert, sondern weil sich dieser Gott zum Kapital verwandelt hat (bezw. weil er immer schon war), oder ist es Zufall, daß Herr Krupp und Herr Thyssen (rhein. Großindustrielle) dem Zentrum angehören?

Wir werden mit allen Mitteln und aller Schärfe eine Kirchenaustrittspropaganda entfalten, die der Kirche auch den letzten Mut nehmen wird. Auch wenn die Führer für die „Privatsache“ sind, so sind wir eben diejenigen, die zuerst ans „Private“ gehen. Die Kirche sei vom Staate getrennt, weg mit dem Religionsunterricht. Unsere Jugend, unsere Nachfolger sollen nicht erst mit 14—16 Jahren sich Grundwissen aneignen, sondern bereits in der Schule. Nur so wird uns die Möglichkeit gegeben, eine andere Generation zu erziehen, eine Generation, die den Klassenkampf von Kindheit auf kennt, die nicht in falscher Scham und Ehrfurcht erzogen wird. Wir sind nicht diejenigen, die dem Menschen den Glauben nehmen, nein, wir sind diejenigen, die dem Menschen das geben, was er für sich braucht und was er von Natur aus in der Lage ist, aufzunehmen. Kein Kind wird nach dem „lieben Gott“ fragen, wenn ihm nicht davon erzählt wird. Wir versuchen also die Jugend nicht, sondern die Kirche ist es; ebenso wie wir der Jugend nicht den Klassenkampf einimpfen, nein, das besorgen bessere Kräfte, das besorgen geschulte Leute und vor allem gutbezahlte Männer, die Polizei als erste und dann folgen die weiteren Speichellecker des Kapitals.

Ihr habt selbst das beste Beispiel für die Erlernung des Klassenkampfes in Wien gehabt. Die Bürgerlichen müssen die Interessen ihrer Klasse in Schutz nehmen und verteidigen (Selbsterhaltungstrieb). Warum nehmen wir nicht unsere Klasse in Schutz, warum verteidigen wir nicht unsere Rechte?

Nicht wir wollen den Klassenkampf, er wird uns aufgezwungen und nun führen wir ihn mit aller Kraft und mit jener heroischen Selbstenntätigkeit, von der die Kämpfe des Proletariats immer ausgezeichnet waren. Wir sind die Kämpfer einer neuen Zeit. Ob Ihr im Süden steht und wir im Norden, es gibt kein Vaterland für uns. Und mit dem Wunsche, daß sich das angeknüpfte Band der Freundschaft fester und inniger zusammenschließen möge, bitte ich Euch um baldige Antwort.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Mit revolutionärem Gruß

Herbert Goslar

Mitglied der Freidenker-Jugend  
Ortsgruppe Groß-Berlin.

Ich habe Euch allen gleichzeitig die Grüße der Berliner Ortsgruppe zu übersenden. Wir alle reichen Euch die Hände, Ihr Kampfgenossen all:

Des Kampfes sei kein Ende,

Es nicht in weiter Mund

Der Arbeit freies Volk genießt

Und jeder Feind am Boden liegt!

Dies ist das Gelübnis unseres Bundes.“

## Was dem Arbeiterleben

### Unternehmermoral.

Eine Verhandlung beim Gewerbegericht Graz brachte einen neuen Beweis für die Schuftigkeit der Unternehmer an den Tag. Zwei Stubenmädchen des Hotel „Daniel“, die seit Jahren ihre Überstunden nicht bezahlt erhielten, wurden gezwungen, eine Bestätigung zu unterschreiben, in der sie erklären, Überstunden und Lohn stets in gesetzlichem Ausmaße erhalten zu haben. Als sie die Unterschrift verweigerten, wurden sie entlassen. Im Verlaufe der Gewerbegerichtsverhandlung wurden die Besitzer des Hotel „Daniel“ verurteilt, 710 S an die beiden Stubenmädchen zu zahlen.

### Eine Pumperlei des Verwaltungsausschusses der Arbeiter-Unfallversicherung.

Es gibt sicherlich noch Arbeiter, denen unsere Kritik an der sozialdem. Partei mißfällt. Wenn wir diesen gar sagen, daß die sozialdem. Parteiführerschaft Kleinbürger geworden sind, von denen die Arbeiterschaft keine Kampfesführung gegen das Bürgertum mehr erwarten kann, dann verurteilen sie uns. Deshalb bringen wir Woche für Woche eine Reihe von Beweisen, um alle Arbeiter zu überzeugen, daß die S. P. nicht mehr die Klassenkampfpartei des Proletariats ist. Diejenigen, die ihre Ge-

## Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Kostutschyn.

Fortsetzung.

XVIII

### Das belauschte Gespräch.

Die Unterhaltung wurde russisch geführt, der Mittmeister, der Leiter des Nachrichtendienstes, verstand augenscheinlich kein Wort Französisch.

Der Franzose beherrschte das Russische nur schlecht. Er sprach mit stark französischer Betonung. Obgleich die zwei weißen Vaterlandshelden augenblicklich nur lauter Schweinereien redeten, war ich gezwungen, ihnen zuzuhören, ohne auch nur ein Wort zu verlieren.

Sie kamen auf die weiblichen „Kennzeichen“ zu sprechen.

„Abriens, Monsieur, da fällt mir ein: haben Sie noch keine Merkmale des Liffitschkins? Ich habe schon den ganzen Nachrichtenapparat in Bewegung gesetzt. Ich erwarte in kurzem Antwort.“

„Sind Sie denn ganz sicher, daß er noch nicht angekommen ist?“

„Absolut. Er ist, nach unseren Meldungen, am 18. abgereist. Heute ist der 22., der fünfte Tag. Er hat mindestens eine Woche zu fahren, wenn er den kürzesten Weg nimmt. Wenn er aber durch die hinterste Etappe kommt, braucht er mindestens 10 bis 12 Tage . . .“

„Sie haben recht. Sie haben ganz richtig gerechnet. Er kann wirklich nicht früher hier sein, es sei denn, daß er mit dem Flugzeug fährt. Das wäre aber natürlich heller Wahnsinn!“

„Ein Flugzeug ist keine Stecknadel, Monsieur! Wenn er irgendwo landet, erfährt es die ganze Bevölkerung in einem Umkreis von 100 Werst und dann natürlich auch wir, und dann nehmen wir ihn eben beim Schopf!“

„Aber ohne seine Kennzeichen zu wissen, ist es schwer, ihn zu fangen. Heute noch erhielt ich Post von dräben. Aber Liffitschkin kein Wort, weder eine Photographie noch irgend eine Personenbeschreibung. Höchstwahrscheinlich wird etwas hierüber in 2 bis 3 Tagen kommen. Und Sie, Herr Mittmeister? Haben Sie auch keine näheren Angaben über ihn?“

„Vorläufig noch nichts Besonderes. Es hat sich allerdings ein alter Petersburger Agent gefunden.

Als ich im Tagesbefehl mit geteilt habe, daß es notwendig sei, Näheres über einen gewissen Liffitschkin zu erfahren, kam dieser Kerl persönlich zu mir und behauptete, Liffitschkin vom Sehen zu kennen. Er will ihn gesehen haben, als er vom Balkon des Palais der Kscheschinskaja — Sie wissen doch, der Geliebten des Zaren — eine Rede hielt. Aber ich glaube ihm nicht. Ich bin davon fest überzeugt, daß er lügt. Er wollte bloß eine Belohnung haben. Für mögliche besondere Aufträge. Er ist ein alter Käufer, der Schweineferkel.“

„Barten Sie lieber noch 2 bis 3 Tage, Mittmeister. Ich bin mir dessen sicher, daß wir bald ausführliche Berichte erhalten werden. Vielleicht ist auch zufällig eine der Tauben unterwegs angekommen.“

„Wie erfahren Sie aber, daß eine Taube angekommen und die Post nicht eingetroffen ist? Wie können Sie das kontrollieren?“

„Wenn eine Taube verloren geht, ich hab das nichts. Es ist für jeden Fall Vorfrage getroffen.“

„. . . Sie wundern sich, Mittmeister? Und dabei ist die Sache doch sehr einfach. Von uns und von dort trägt je eine Taube die fällige Post. Immer

Wohnung nicht durch Pfandbriefe verkaufen lassen, werden und mit der Zeit noch recht geben. Ein sozialistischer Beweis, daß wir im Rechte sind, mag so leicht folgen.

In der Arbeiter-Unfallversicherung von Steiermark haben die Sozialdemokraten einen sehr bedeutenden Einfluß. Sie sitzen im Verwaltungsausschuß und Stanel ist ein bekannter Obmannsekretär. Aus diesem Grunde kommt der S. P. für die Handlungen der Arbeiter-Unfallversicherung eine Verantwortung zu. Wir können ferner mit ruhigem Gewissen erklären, daß bei diesem Einfluß, den die S. P. in diesem Institute hat, nichts ohne ihrem Willen geschehen kann. Zum Verständnis des Kommenden waren diese Erwägungen notwendig.

Vor kurzem wurde im Mieterauschuß von Eggenberg folgendes Schreiben der Arbeiter-Unfallversicherung vorgelesen:

„Wir teilen Ihnen mit, daß der Verwaltungsausschuß der Anstalt dem Ansuchen des Herrn Eisenhut, in seine Wohnung die Partei Maier aufzunehmen, keine Folge gegeben hat, weil Herr Maier die Wohnung ohne Zustimmung der Anstalt bezogen hat. Wir ersuchen Sie, zu veranlassen, daß die Partei Maier, welche die Wohnung widerrechtlich bezogen hat, diese wieder verläßt.“

Diesem Schreiben liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Der 71 Jahre alte Arbeiterwalde Eisenhut, dem bei seinem hohen Alter die Sorge quält, im Krankheitsfalle hilflos allein zu sein, hat den im gemeinsamen Haushalt lebenden Fassbinder Maier zu sich in seine Wohnung genommen, damit die Nebengehilfin des Arbeiters Maier auch für ihn sorgen.

Die Arbeiter-Unfallversicherung, welche in Eggenberg sieben Häuser besitzt und auch in diesem Hause Hauseigentümerin ist, schritt, als sie von der Aufnahme des Fassbinders Maier Kenntnis erhielt, mit der Delegation ein, die im letzten Augenblick durch die Bemühungen des Mieterauschusses und durch ein Vorgesuch des Gen. Maier rückgängig gemacht wurde. Auf die Klärung der Wohnung besteht die Arbeiter-Unfallversicherung nach wie vor und deshalb wurde obiges Schreiben an den Mieterauschuß der Arbeiterhäuser geschickt.

Schwarz auf weiß ist dort zu lesen, daß der Verwaltungsausschuß der Arbeiter-Unfallversicherung, in dem Sozialdemokraten sitzen, vom Mieterauschuß verlangt, den Gen. Maier hinauszumerren.

Der Mieterauschuß wird sich hoffentlich nicht zum Hausrecht der Arbeiter-Unfallversicherung degradieren lassen, sondern im Interesse des alten Arbeiters und im Interesse Maiers handeln. Wir können uns ja vorstellen, warum Maier aus der

je zwei photographische Negative. Die fällige und die vorherige Post. Also alles zweimal. Verzeihen Sie? Also ich schide heute die Meldung: Es wird eine Operation vorbereitet, seid auf der Hut. Nr. 19 . . . Die vorherige Meldung hat gelautet: Die Dokumente sind abgeschickt. Seht die Anordnung.“

„Nr. 18 und 19 werden gleichzeitig abgeschickt. Ist nun Nr. 17 verloren gegangen, bekommen sie dieselbe Meldung in Nr. 18. Ist Nr. 18 verloren gegangen, erhalten sie sie mit Nr. 19 usw.“

„Und was dann, wenn die Taube unterwegs abgefangen oder abgeschossen wird, oder sie gerät in ein Netz und man entdeckt die Röhren mit den Negativen?“

„Auch daran haben wir gedacht. Sie sind eben nicht entwickelt. Es sind nur die rohen Aufnahmen. Wer das Röhren an der Taube entdeckt, würde es ohne Zweifel bei Tageslicht oder anderer Beleuchtung öffnen. Dadurch ist dann die Aufnahme verdorben. Nur wer das Geheimnis kennt, wird das Röhren jachgemäß bei rotem Lichte in der Dunkelkammer aufmachen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wohnung fliegen soll! Aber Wahrscheinlichkeit wird nach dem Ableben des alten Arbeiterwaldes irgend ein Kleinbürger die Wohnung beziehen, vielleicht will der Verwaltungsausschuß, daß Eisenhut ohne Hilfe bleibt, damit er im Krankheitsfalle ins Spital muß und die Wohnung für den Kleinbürger, der sicherlich darauf schon wartet, früher frei wird. — Was sagen die gutgläubigen S. P.-Genossen, ausgenommen die Pfandbriefanwärter, zu diesem Fall?

### Herr Rees, treffen Sie Papier?

Eine merkwürdige Frage werden sich jene denken, die den Amtsleiter des Arbeitslosenamtes Voitsberg kennen. Er hat zwar seine eigene proletarische Vergangenheit vergessen und ist den Arbeitslosen eher ein Feind als ein Freund; aber daß der Mann Papier frist, ist nicht bekannt. Es werden eben wenige davon Kenntnis haben, daß der Arbeitslose Grundnummer 2822 schon am 29. Dezember Einspruch gegen die Schüsselpfille der Voitsberger Schiedskommission für die Alpine Morstan bei der Industriellen Bezirkskommission Graz erhob und der Einspruch, der dem Herrn Rees zur Weiterbeförderung nach Graz wieder abgegeben werden mußte, bis zum 19. Jänner in Graz noch nicht eingelangt war. Deshalb fragen wir, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, der vielleicht treffender wäre, ob Herr Rees Papier frist.

### Bekannter Samariterdienst.

Dr. Spellenberg in der Widenergasse ist an der Ausübung der Ordinationsstunden nicht mehr besonders interessiert. Statt um 8 Uhr erscheint er um 9 Uhr und Punkt 10 ist der Herr Indignatrat nicht mehr zu sprechen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift kostete der Frau Reisch, die dort beschäftigt war, den Posten. Der Vorgang ist für die proletarischen Öffentlichkeit interessant. Eines Tages erschien fünf Minuten vor 10 Uhr ein Arbeiter, der sich die Hand verletzt hatte. Frau Reisch ließ den Patienten, der mit seiner Verwundung dringend um Einlaß ersuchte, vor. Als er wegging trat Dr. Spellenberg aus dem Ordinationszimmer und schrie die Frau im ungehörigsten Ton an „Sie, von ihnen hab ich satt, ich kann Sie mit ihrer Gutmütigkeit nicht mehr brauchen“ und entlassen war sie. Dr. Spellenberg hat sicherlich schon einen solchen Reichtum zusammengespart, daß ihm die Behandlung eines Arbeiters eine Überflüssigkeit ist. Er hat eintägliche Geschäfte. Das Zeugnis, das er schrieb, ist gerade gut genug, um Quarteln einzuwideln.

### Ereignisse der Woche

Der „Arbeiterwille“ tert. Über das endlose Warten der Arbeitslosen bei der Finanz hat auch der „Arbeiterwille“ endlich ein Wort des Protestes gefunden. Dabei ist ihm ein Jeremias unterlaufen. Er bedauert die Akademiker, die sich ebenfalls anstellen müssen. Der „Arbeiterwille“ weiß also gar nicht, daß die Akademiker eine Ausnahmestellung genießen und jeden Dienstag um 13 Uhr das Geld heben, ohne sich Anstellen zu müssen, da vom Arbeitslosenamt ihre Kontrollkarten schon früher zur Finanz kommen. Protestkundenschaft!

Defertkess sind mit einem Militärflugzeug aus Prag zwei aus der Militärflugschule ausgeschlossene Zöglinge. Sie mußten in Polen niedergehen und wurden dort verhaftet.

Die **Graz-Röflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft** soll durch das Land Steiermark erworben werden. Für den Bergbau zeigt der bekannte Melodendichter Mayr-Mellnhof Interesse.

**Opfer der Arbeit.** In Bülkingen (Deutschland) sind durch eine Gichtepidemie viele Arbeiter verwundet und zwei getötet worden.

**50.000 Metallarbeiter** treten am 16. Jänner in Mitteldeutschland für höhere Löhne in Streik.

Gewaltige Demonstrationzüge marschierten in den Industriezentren auf. Auf Straßen und Plätzen wurden Betriebsversammlungen abgehalten.

Die **deutschen Bergarbeiter** rüsten zum Kampf. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes fordern von der Leitung der Gewerkschaften den Kampf um Lohnsteigerung und Arbeitszeiterfüllung aufzunehmen.

Der **Präsident des Obersten Gerichtshofes** hat sich der deutschnationalen Justizminister Dinghofer in eigener Regie entzogen. Der Vorgang beweist die Willkür der Bürgerlichen.

Eine **gute Antwort** hat der Obmann der Gast- und Kaffeehausangestellten dem Genferverband auf seine Ball Einladung gegeben, indem er sagte: „Es ist uns unmöglich mit den Unternehmern auf einem Ball zu treffen, die am 19. Jänner durch ihre Beauftragten in der Regierung einen großen Teil der Angestellten aus der Versicherungspflicht ausschneiden wollen.“

**Eggenberg**, der Stiefelnecht und Statthalter Wöheims in Deutschland, will zur Schubertfeier Wien einen Besuch abstatten.

Durch **Bangsows System** in den Tod getrieben wurde der Infanterist Eduino Friedrich des Infanterieregiments 3 in Wien, der wegen „Subordinationsverletzung“ dem Staatsanwalt ausgeliefert werden sollte. Er schoß sich eine Kugel durch den Kopf.

Vom **elektrischen Strom** getötet wurde in Gnas bei Anschlussarbeiten der Elektromonteur Hans Rieger.

**Arbeitslos** und **8 Tage ohne Quartier**. Der Spengler Rudolf Kurz versuchte sich deshalb mit Salzsäure und Alluan zu vergiften. Er liegt schwer verletzt im Landeskrankenhaus.

Um **2000 Arbeitslose** hat sich die Arbeitslosenziffer in der Zeit zwischen 15. bis 31. Dezember vermehrt. 24.491 sind im Bezug der Unterstützung, 30.063 waren mit 31. Dezember angemeldet. Auf Graz entfallen 16.950.

## Parteiangelegenheiten

### Aus der Partei.

Sommer Franz, Mitgliedsbuch Nr. 112, wurde wegen parteischädigender Handlung aus der Partei ausgeschlossen.

### Voitsberg.

Samstag, 5. Februar 1928, Gasthaus Reichl, 9 Uhr

### Mitgliederversammlung

Referenten: Gen. Pfeiffel und Gen. Kohri. Die Leser des „Wahrheit“ sind dazu eingeladen. Vollständig erscheinen! Bezirksleitung Voitsberg.

### Graz.

Montag, den 6. Februar 1928, im Parteibüro  
**Funktionärenkonferenz**  
Alle Kassiere, Subkassiere, Betriebsräte und Bezirksleitungsmitglieder haben die Pflicht, vollständig zu erscheinen.  
Wichtige Tagesordnung!

### Bildungskurse.

**G S R I N G:**  
Jeden Montag bei Gen. Baumkirchner, Schippingergasse 244.  
**IV. und V. Bezirk:** Jeden Samstag im Parteibüro.  
**VI. Bezirk:** Jeden Montag bei Schumann.

### Briefkasten.

W. Sie haben Recht, wenn Sie schreiben, daß die Keru-maier, Gbagram und Fabians den Titel Stalin-Kommunisten nicht wert sind. Wir stimmen Ihnen auch zu, daß der Vergleich mit diesen Elementen eine Entwürdigung Stalins ist. Die Nummer der „Roten Fahne“, in der zu lesen war: „Unser Genosse Keru-maier wurde von tschechischen Worbuben ange-schossen“, geben wir nächsten bekannt. Die am 13. Jänner mit viel Geld und Papieraufwand einberufene rote Front-kämpferversammlung dieser Gegend bewies, daß die Arbeiter von Graz es unter ihrer Würde finden, sie anzuhören. Der Saal war halbleer.